Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.
—
Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.
—
Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 24. Dienstag den 30. Januar. 1849.

Bekanntmachung.

Das Polnische Gouvernement hat unter Aufhebung des Verbots vom 23. März/4. April und resp. vom 5./17. April 1848 die Ausführung der Pferde und des Hornviehes aus Polen, resp. den Transito durch Polen nach Oesterreich und Preußen gegen Entrichtung der vorschriftsmäßigen Abgaben und Beobachtung der diesfälligen Polizei- und Veterinair-Verordnungen wieder nachgegeben, wovon ich das den Handel treibende Publikum hiermit benachrichtige. Posen, den 21. Januar 1849.

Der Ober-Präsident des Großherzogthums Posen.

Inland.

Berlin, den 27. Januar. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: dem Ober-Land-Forstmeister von Burgsdorff zu Königsberg in Preußen den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem Hofrath a. D. Kremnitz hierselbst, und dem Prediger Jahr zu Neuzanche, Kreis Lübben, den Rothen Adler Orden vierter Klasse; dem bisherigen Botenmeister Piehl hierselbst, so wie den Schullehrern Radke zu Babenz, Regierungs-Bezirk Marienwerder, und Grunwald zu Küpper, Regierungs-Bezirk Liegnitz, das Allgemeine Ehrenzeichen; desgleichen dem Unteroffizier Daenell vom 2. Infanterie- (Königs.) Regiment, dem Unteroffizier Gurk der Garde-, dem Unteroffizier Bieber, der 1.- dem Kanonier Rother der 5.- und dem Feldwebel Nitykowski der 6. Artillerie Brigade die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen; und die Wahl des bisherigen Landes-Aeltesten, Landraths a. D. Freiherrn v. Seherr-Thoß auf Kujan, zum Landschafts-Direktor der oberschlesischen Landschaft für den Zeitraum von Weihnachten 1848 bis dahin 1854 zu bestätigen.

Se. Erlaucht der regierende Graf Alfred zu Stolberg-Stolberg, ist von Magdeburg hier angekommen.

Berlin, den 28. Jan. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den bisherigen außerordentlichen Professor bei der Universität in Jena, Dr. Adolph Schmidt, zum ordentlichen Professor in der juristischen Fakultät der Universität zu Greifswald zu ernennen.

Se. Hoheit der regierende Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha ist nach Gotha abgereist. — Der Erbschenk im Herzogthum Magdeburg, Graf von Hagen, ist von Möckern angekommen.

†† Posen, den 29. Januar. Bald werden unsre Kammern zusammentreten und die vorläufige Frage nach ihrer Aufgabe, nach den Grundsätzen, die man unter dem Einflusse der gegenwärtigen Zeitverhältnisse von ihnen befolgt wissen möchte, kann in keinem Augenblicke wichtiger erscheinen, als jetzt, wo die Volks-Vertreter gewählt werden sollen. — Ueber einen Punkt scheinen, mit Ausnahme jener extremen Fraktion, deren Theorie eben so haltlos, als ihr praktischer Fanatismus gefährlich ist, die Parteien übereinzukommen, daß man sich von der Grundlage der octroyirten Verfassung nicht wohl mehr entfernen könne.

Doch auch wenn man zugiebt, daß die Aufgabe unserer Volks-Vertretung nur die Revision der octroyirten Verfassung sein könne, bleibt für die Ausprägung scharfer Parteigegensätze der weiteste Spielraum. Der reaktionairen Partei im Volke, wenn sie nur einigermaßen ehrlich ist, muß die neue Verfassung in vieler Beziehung zu freisinnig sein; jedem wahren Demokraten wird, auch wenn er im Allgemeinen den freisinnigen Geist der Constitution anerkennt, noch manches zu wünschen übrig bleiben. Zu den wichtigsten Punkten dürften hier: das absolute Veto, manche der Bestimmungen über die erste Kammer, endlich das Wahlgesetz selbst gehören

An dem Letzteren müssen die Vereine für König und Vaterland ein sonderliches Mißfallen haben, denn es beruht auf entschieden demokratischem Prinzipe und — mag man es läugnen oder nicht — greift nicht wenig über den momentanen Zustand der politischen Bildung in der numerischen Mehrzahl unsers Volkes hinaus. — Es spricht sich dies Mißbehagen bis jetzt nur etwas verhüllt in dem Verlangen eines Wahlmodus aus, durch welchen alle Interessen im Volke vertreten werden — ein an und für sich nicht zu mißbilligendes Verlangen. Wir glauben aber nicht zu irren, wenn wir darin das Begehren nach einer ständisch gegliederten Vertretung und nach Aufhebung der allgemeinen Wahlfreiheit erkennen. Ueber diesen Punkt sollte man in den so zahlreich auftauchenden Wahlprogrammen eine größere Bestimmtheit wünschen; der hierüber entscheidende Satz müßte Auskunft darüber geben, ob jenen Vereinen überhaupt möglich ist, was ihnen trotz allen Bemühungen bisher bei den wiederholten Ansätzen dazu nur immer auffälliger fehlgeschlagen ist: ob es ihm möglich ist, sich zu befreien von dem dringenden Verdachte eines durchgreifend reaktionairen Strebens.

Wer im Leben der Völker den immer bewußter werdenden Fortschritt zur vollen Freiheit mit wahrer Sympathie anerkennt und in ihrer Entwickelung das mit innerer Nothwendigkeit zunehmende Wachsthum eines organischen, untheilbaren Ganzen aufzufinden weiß: dem wird es nicht schwer fallen, sich über den von der Reaktionspartei über alle Gebühr vorgedrängten Gegensatz der einzelnen Klassen des Volkes zu erheben.

So verschieden auch sein Bildungszustand, die durch verschiedene Beschäftigungsweisen und die nothwendig ungleiche Vertheilung des Eigenthums bedingte Stufe des sozialen Lebens in den einzelnen Ständen sein mag, so steht doch über allem Gegensatz, ja Widerspruch im Besondern die Allgemeinheit des nationalen Geistes, der jedes überhaupt lebendige Volk durchdringt. — Sein Leben ist das Leben der Nation; in ihm liegt der wahre Grund aller entwickelungsfähigen Staatsformen. — Durch ihn sind die höchsten Resultate erreicht von einzelnen, hervorragenden Geistern, Eigenthum des ganzen Volkes in allen seinen Schichten, und was von den Gebildetsten der Nation als wahr erkannt wird, dringt durch diesen wunderbaren Zusammenhang des Ganzen unbewußt auch zu denen, welche bisher kaum eine Ahnung davon hatten. Dadurch wird die Verwirklichung höherer Formen des staatlichen Lebens möglich, erst nachdem sie geschehen, eignet sich die ganze Nation den höheren Inhalt an. Es ist in der Geschichte immer eine Minorität gewesen, welche die Völker vorwärts geleitet hat; wenn die Masse des Volks, von Natur weniger leicht beweglich, ihren Führern folgt, so ist dieß der sicherste Beweis für die Vernünftigkeit des Fortschrittes. Die Stimmenmehrheit des Volkes selbst in seiner Ganzheit entscheidet nur darüber, wer seine Führer sein sollen. Sache der Weiterentwickelung des Volkes in allen seinen Theilen ist dann die bewußte Anneigung der Ideen, welche durch seine intelligentesten und thatkräftigsten Männer gedacht und ausgeführt sind. So hört dann der Fortschritt auf, ein blinder zu sein und das Volk wird sich seiner auch auf der höheren Stufe der Freiheit vollkommen bewußt. Darüber hat auch jedes lebenskräftige Volk ein klares Bewußtsein und es ist nur eine scheinbar richtige Behauptung, daß in der Volksvertretung, wenn sie bei völliger Wahlfreiheit zu Stande gekommen ist, z. B. die Bildung nur zu $\frac{1}{20}$ vertreten sei, weil die Gebildeten nur etwa den zwanzigsten Theil des Volkes ausmachen. — Ob nicht auch noch für die erste Kammer eine die einzelnen Berufsarten der menschlichen Gesellschaft mehr repräsentirende Vertretung gut und nothwendig sei, ist eine zweite Frage; aber die eigentliche Volkskammer soll den Willen des Volks als eines Ganzen aussprechen — das hört aber auf, wenn man einzelne Klassen der Staatsbürger von der Wahl ausschließt. — Ohne völlige Wahlfreiheit ist wahre Volksfreiheit nicht denkbar; wer das Volk noch nicht für reif zur Freiheit hält, dessen Ueberzeugung wird man nur dann ehren können, wenn er seiner Gesinnung kein Hehl hat und sich offen zur Reaktion bekennt. Während dem echten Demokraten die Form des Staatswesens eine ewig flüssige ist, die fortwährend aus sich auf die höhere Gestaltung hinweist; während er das Leben und die Entwickelung des Volkes wesentlich darein setzt, daß das ganze Volk durch seine Lasten sich ein von ihm erst zu erstrebende Ziel vorhalten läßt, daß es sich selbst durch seine sittliche Kraft allmählig zum Vollgenusse der Rechte befähige, die als ihm nothwendig zustehend gesetzlich von ihm anerkannt sind; während also der Demokrat ein ununterbrochenes Ringen und Streben vom Volke verlangt, wodurch jedem Einzelnen die Pflicht ununterbrochenen Wirkens, die Pflicht des nie endenden Lernens, wie des Lehrens auferlegt wird: — will der Reaktionair einen in sich beruhigten Zustand und das Gebiet der staatlichen Existenz ist für ihn nur Resultat der im Volke liegenden Bildungskeime. Die eigentliche Erziehung des Volkes zur Freiheit sucht er im politischen Leben nicht; die sich gleichbleibende Stetigkeit gilt ihm mehr, als der unaufhaltsame Fluß und vorwärtsweisende Wechsel der Dinge in der Demokratie. — In dieser aber ist gerade die allgemeine Wahlfreiheit das vornehmste Mittel, das Volk immer mehr an den großen Fragen seiner Geschichte zu betheiligen. Hoffentlich wird die jetzt geschehene Wahl die Richtigkeit dieses Prinzips bewähren, wie sie ihm gewiß die gesetzliche Sanction auch für die Zukunft sichern wird. Dann wird sich die ganze Nation immer mehr fühlen lernen als ein großer Verein für Freiheit und Vaterland.

H Posen, den 29. Januar. Bei der eben beendeten Wahl der Wahlmänner zur ersten Kammer hat in sämmtlichen vier Bezirken unserer Stadt die freisinnige Partei einen entschiedenen Sieg davongetragen. Zu Wahlmännern sind erlesen worden im I. Bezirk: Assessor v. Crousaz, Gerbermeister Günther, Kaufmann Marcuse; im II. Bezirk: Medizinalrath Dr. Suttinger, Gasthofbesitzer Kaatz, Oberbürgermeister Geheimrath Naumann; im III. Bezirk: Mauermeister Schlarbaum, Land und Stadtgerichtsrath J. Pilaski, Regierungs- u. Forstrath v. Bailliodz; im IV. Bezirk: Gymnasial-Direktor Consistorialrath Kießling, prakt. Arzt Dr. Hantke, Goldarbeiter Blau.

Fraustadt. — Die Demokratie hat hier und in der Umgegend einen glänzenden Sieg erfochten. Von den von ihrer Partei in hiesiger Stadt aufgestellten 22 Wahlmännern ist auch nicht ein Einziger, trotz der angestrengten Bemühungen der Gegenpartei, in der Wahl unterlegen. Eben so sind die Wahlmänner in den umliegenden Dörfern demokratisch ausgefallen, so wie in der Stadt Lissa von 36 Wahlmännern nur ein streng konservativer, ein Landwehr-Major, durchgebracht wurde, die übrigen 35 sich unsern hiesigen Demokraten anlehnen.

88. Meseritz, den 28. Jan. Gestern fand in Bräz eine Deputirten-Vorwahl statt. 75 Wahlmänner aus allen Theilen des Kreises waren erschienen. Das Ergebniß war der Beschluß, den Deputirten Frhrn. v. Vinke als Wahlkandidaten aufzustellen. Vom Manne des Rechtsbodens ist zu erwarten, daß er die Volksrechte wahren und gleichzeitig der Krone die nöthige Stärke sichern werde. — Rührend war es, als brave Bauern ihren König Friedrich Wilhelm IV. zum Deputirten erwählt wissen wollten. — Eine Anfangs versuchte Einigung über einen Candidaten aus dem Kreise scheiterte gänzlich; nur der Vorsteher der Alt-Lutherischen Gemeinde, Braunak aus Tirschtigel war mit einer einigermaßen erheblichen Anzahl von Stimmen bedacht worden.

88 Meseritz, den 24. Januar. Die Wahlen in unserer Stadt sind, ohne Ausnahme, entschieden zu Gunsten der konstitutionellen Monarchie ausgefallen. Wahlmänner sind

der Kreisphysikus Keßler,
der Dr. med. Gutjahr,
der Superintendent Vater,
der Gutsbesitzer und Justiz-Commissair Schütz und

16 Bürger, unter denen sich der Bürgermeister Brown und der Oberlehrer Holzschuher befinden.

Auch aus den übrigen Theilen des Meseritzer Kreises hört man bis jetzt nur Erfreuliches. In Bezug auf die zu wählenden Deputirten haben sich die Meinungen noch nicht feststellen können, ein Mann des Centrums aber dürfte auf den meisten Beifall zu rechnen haben.

Schubin, den 26. Januar. Obgleich die Deutsche Bevölkerung hier überwiegend ist, und bei den Wahlen im vorigen Jahre nur Deutsche Wahlmänner gewählt wurden, sind bei den gestrigen Wahlen von zwölf Wahlmännern acht Polen und Polenfreunde, und nur vier Deutsch gesinnte Männer hervorgengagen. Auch in den Städten Exin und Labischin, welche fast ganz Deutsch sind, hat die von hier ausgehende Agitation der Polenfreunde zu den ärgerlichsten Auftritten bei den Wahlverhandlungen Veranlassung gegeben.

△ Nakel, den 25. Januar. Die hiesigen Wahlen sind im Ganzen sehr befriedigend im Sinne der Fortschrittspartei ausgefallen. Die Bürgermeisterei mit ihrem ganzen Anhang hat eine empfindliche Niederlage erlitten. Beim Wahlakte selbst kam es zu Thätlichkeiten, indem die gegen den Magistrat und die Männer des Rückschritts herrschende Mißstimmung sich Luft machte. Ein Gensd'arm, der auf Befehl des als Wahlkommissarius fungirenden Bürgermeisters einen Bürger hinausbringen sollte, wurde angegriffen, wobei ihm der Helm verletzt und zertrümmert wurde. Ein anderer Urwähler, der ihm beispringen wollte, wurde zu Boden geworfen.

Berlin, den 27. Januar. Das heutige Militairwochenblatt enthält folgende Allerhöchste Verordnung:

„Ich habe des jetzt regierenden Kaisers Franz Joseph von Oesterreich Majestät zum Chef des Kaiser Franz Grenadier-Regiments ernannt, dessen bisherige Benennung, der früheren Bestimmung gemäß, unverändert bleibt, und das Regiment anweisen lassen, Sr. Majestät allmonatlich seinen Rapport, so wie die Offizier-Rangliste einzureichen.

Charlottenburg, den 11. Januar 1849.

(gez.) Friedrich Wilhelm.
(gegengez.) von Strotha.

An das Kriegs-Ministerium.

Vorgedruckte Allerhöchste Kabinets-Ordre wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß der Armee gebracht.

Berlin, den 20. Januar 1849.

Kriegs-Ministerium. Allgemeines Kriegs-Departement.
von Griesheim. von Herwarth.

An sämmtliche Königliche General-Kommandos ꝛc.“

PC Berlin, den 27. Januar. Der Sieg der Demokraten fängt an sehr zweifelhaft zu werden. Der Handwerkerstand hat die Wahlen in seine Hand genommen und die Mehrheit davon getragen, ist indessen zu nichts weniger, als wie zum Umsturz geneigt, er will Vertreter seiner Interessen. Die jüngste Nationalversammlung hat nichts gethan für die Interessen der Städte, deren Wohlstand auch vorzugsweise gesunken ist. Darin mag der Grund liegen, daß die Koryphäen, wie Waldeck und Jung, bei der Wahl durchgefallen sind. Die Nachrichten aus den Provinzen lauten befriedigend und wenn die Conservativen sich nicht zersplittern und Sondergelüsten folgen, so dürfen wir eine Majorität für die gemäßigte Partei ruhig voraussetzen.

P. C. Berlin, den 27. Januar. Wir sind darauf aufmerksam geworden und mit uns auch in Süddeutschland Viele von unsern Freunden, daß die Augsb. Allg. Zeitung aus Berlin Correspondenzen seit nicht langer Zeit bringe, welche besonders die Gleichgültigkeit der Preußen für die Deutsche Sache hervorhebe und selbst in ihrer Weise, über die Reichsverfassung zu sprechen, deren wichtigster Theil im Werk ist, einen Beleg dazu liefre. Solche gleichgültige Menschen giebt es allüberall; auch hier. Doch, obwohl die Wahlen hier sehr die Gemüther beschäftigen, kann man sagen, daß noch nie mit so gespanntem Interesse die Verhandlungen der Reichsversammlung verfolgt würden und bis tief in die Mittelklassen und den Schooß der Familien Deutsches Bewußtsein verbreitet war, als eben jetzt. Jene Correspondenzen selbst sind aber kein Beleg, denn sie sind zwar in Berlin geschrieben, aber die Augsb. Zeitung hat einen ihrer Mitarbeiter hergeschickt, um in Baierischem Sinne aus Berlin zu berichten. Die Berliner selbst müssen ihr doch zu Deutsch geschrieben haben!

CC. Berlin, den 27. Januar. Der bekannte Orientalist Dr

Goldstücker, welcher sich bei der hiesigen Bibliothek mehr als ein Jahr lang mit wissenschaftlichen Arbeiten beschäftigt haben soll und kurz vor Beginn der Wahlen auf ausdrückliche Anordnung Wrangels ausgewiesen wurde, veröffentlicht von Potsdam aus einen Protest gegen die Rechtsgiltigkeit der Wahlen seines Bezirks, indem er zugleich die Einleitung einer Neuwahl und sofortige Aufhebung der ohne Angabe von Gründen wider ihn verhängten Maßregel der Ausweisung beantragt. Als Grund gegen die Rechtsbeständigkeit der Wahlen führt er an, daß durch die irreleitenden Anweisungen des Bezirksvorstehers die Wahlversammlungen vieler Bewohner des Bezirks verhindert, d. h. thatsächlich verboten worden seien.

Die Ernennung des Oberst-Lieutenant Fischer zum Militair-Gouverneur unseres künftigen Thronerben, erregt in den meisten Kreisen große Freude, da derselbe als ein sehr freisinniger Mann von ächt constitutioneller Gesinnung allgemein geliebt und geschätzt wird.

PC. — In einer von 300 Personen besuchten Urwählerversammlung zur 1sten Kammer, welche gestern Abend stattfand, wurde der frühere Abgeordnete Berends, welcher als Wahlcandidat auftrat und in seiner Rede den Steuerverweigerungsbeschluß zu rechtfertigen suchte, wiederholt sehr heftig unterbrochen, und mußte schließlich den Saal verlassen. Als darüber abgestimmt wurde, ob er als Candidat zuzulassen sei, erhoben sich nur 3 Hände. Man kann hieraus abnehmen, wie entschieden die politischen Parteien in Berlin sich gegenwärtig einander gegenüberstehen. — Der Fabrikbesitzer Borsig, ein allgemein geachteter Mann, welcher trotzdem in seinem meist von Arbeitern bewohnten Bezirk es nicht zum Wahlmann bringen konnte, findet als Candidat für die erste Kammer viele Unterstützung. Es wäre zu wünschen, wenn auch an andern Orten des Landes praktische Männer von so gediegener Tüchtigkeit und Einsicht in die erste Kammer gewählt würden. — Wie es heißt, will Herr Borsig, von den gemachten Erfahrungen verletzt, von seinen Etablissements zurücktreten; ein nicht zu ersetzender Verlust für Berlin!

— Die Leser erinnern sich, daß bei Gelegenheit der letzten Arbeiterunruhen auf dem Köpniker Felde der Abg. Jung in der Nationalversammlung die Behauptung aufstellte: ein General habe durch Geldbestechungen die Arbeiter aufgewiegelt. Hr. Jung, hierüber gerichtlich vernommen, hat ausgesagt, er habe nach der Angabe eines ihm unbekannten Arbeiters den General v. Wrangel gemeint, hat aber auch nicht den Schein eines Beweises für seine Behauptung beizubringen vermocht. Die Verhandlung, in welcher Hr. Jung eine sehr klägliche Rolle gespielt haben soll, wird dem Vernehmen nach der Oeffentlichkeit übergeben werden. Jedenfalls wird diese Veröffentlichung ein sehr bedeutender Beitrag zu der Vincke'schen Duellangelegenheit werden.

Berlin, den 28. Jan. Der Staats-Anz. veröffentlicht ein Circular, welches die Königliche Regierung an alle ihre bei den Deutschen Regierungen beglaubigten Missionen erlassen hat. Darin heißt es: Mit hoher Befriedigung sieht die Königliche Regierung nunmehr festgestellt, daß Oesterreich, mit uns den Deutschen Bund als fortbestehend betrachtend, in demselben beharren und an dessen kräftiger Entwickelung theilnehmen will und zu einer Verständigung darüber mit der National-Versammlung und den übrigen Regierungen Deutschlands bereit ist. Diese Verständigung wird jedenfalls derart seyn müssen, daß in ihr weder die Bestrebungen des Kaiserstaates in seinem ganzen Länder-Komplexe zu einer kräftigen, dem inneren Bedürfniß desselben genügenden Konstituirung zu gelangen, noch die Bestrebungen Deutschlands, die auf die Darstellung eines dem Auslande gegenüber einheitlich verbundenen politischen Körpers, so wie auf die Verschmelzung der kommerziellen und materiellen Interessen, und eine möglichste Ausgleichung der inneren Gesetzgebung gerichter sind, ein Hinderniß finden. Es ist von der Kaiserlich Oesterreichischen Regierung zu erwarten, daß sie auch hierzu nach Kräften die Hand bieten und auch bei der Gestaltung der inneren Verhältnisse jener Monarchie auf die Beziehungen zu Deutschland die möglichste Rücksicht nehmen werde. Wenn sie indeß glauben sollte, an der eben angedeuteten Entwickelung Deutschlands nicht im vollen Maße Antheil nehmen zu können, wenn sie die dazu erforderlichen Beschränkungen der Souverainetäts-Rechte zu Gunsten einer kräftigen Central-Gewalt des Bundes und die Anwendung der materiellen Verknüpfung der Interessen auf ihre Deutschen Länder nicht eintreten lassen könnte, so würde daraus freilich folgen, daß Oesterreich einerseits nicht begehren würde, Rechte auszuüben, denen nicht die korrespondirenden Pflichten gegenüberständen, und daß andererseits den übrigen Deutschen Staaten nicht anzusinnen wäre, einer aus der Gesammt-Bevölkerung des Bundes hervorgehenden Vertretung und einer die Angelegenheiten der Gesammtheit leitenden Bundes-Regierung, in welcher Oesterreich seine Stelle behauptete, Rechte in Beziehung auf die auswärtige allgemeine und kommerzielle Politik, auf die innere Gesetzgebung und Finanzwirthschaft einzuräumen, bei deren Ausübung das Oesterreichische Bundesgebiet nicht in gleichem Umfange den Beschlüssen der Centralgewalt unterworfen wäre. Es würde aber daraus noch nicht der Schluß zu ziehen sein, daß Deutschland ausschließlich zu den wesentlichen Grundlagen des Staatenbundes zurückkehren und daß der mit Begeisterung erfaßte Plan einer bundesstaatlichen Verbindung gänzlich verlassen werden müsse.

Vielmehr wird sowohl die Aufrechthaltung und Entwickelung des Deutschen Bundes, — Oesterreich, so wie das Deutsche Gebiet der Niederlande und Dänemarks eingeschlossen, — als die Erhaltung der dem Oesterreichischen Kaiserhause gebührenden Stellung in Deutschland vollkommen vereinbar sein mit dem Zusammentritte der übrigen Deutschen Staaten zu einem engeren Vereine, zu einem Bundesstaate, innerhalb des Bundes. So wie innerhalb des Bundes der Zollverband, nicht nur einen engeren Verein für Handel, Gewerbefleiß und Verkehr darstellend, sondern auch die Wurzeln zu einer gemeinsamen handels politischen Vertretung nach außen in sich tragend, entstehen und bestehen konnte, ohne den Bund selbst und das Verhältniß zwischen den dem Zollverein angehörenden und den demselben nicht angehörenden Bundesgliedern zu stören, so kann auch ein noch weitere Interessen umfassender Verein unter der Mehrzahl der Bundesglieder geschlossen werden und innerhalb des Bundes bestehen.

Die Königliche Regierung erkennt nach wie vor die Pflicht, auf dem durch die Berufung der Deutschen National-Versammlung betretenen Wege fortzuschreiten.

Zu dem Ende wird zu geneigter Erwägung der Vorschlag anheimgegangen, daß die Deutschen Regierungen der National-Versammlung zu Frankfurt a. M. durch das Reichs-Ministerium vor der zweiten Berathung über die Theile der entworfenen Verfassung welche die Titel: „Das Reich und die Reichsgewalt", „der Reichstag", „das Reichs-Oberhaupt", „der Reichrath" führen, Erklärungen über den Inhalt, wie er nach der ersten Berathung festgestellt worden, zur Erwägung übergeben wollen.

Die Königliche Regierung glaubt mit diesem Vorschlage um so mehr den Wünschen der Deutschen Regierungen entgegenzukommen, als sie fest überzeugt ist, daß das wahre Interesse der Regierungen mit den Bedürfnissen und Wünschen des Deutschen Volkes Hand in Hand geht. Sie darf daher auch hoffen, daß, wenn auch die Ansichten in einzelnen Punkten auseinander gehen mögen, doch bei dem bei allen Regierungen vorausgesetzten Deutschen Sinn und der Gemeinsamkeit der Interessen in den wesentlichsten Stücken Uebereinstimmung herrschen werde. Der Gewinn wird um so größer sein, je mehr die Staaten sich gleichmäßig aussprechen; und indem die Königliche Regierung dazu die Hand bietet, erwartet sie ein gleich vertrauensvolles Entgegenkommen von den andern Deutschen Regierungen.

Sie hat ihren Bevollmächtigten in Frankfurt a. M. mit umfassenden Instructionen zu diesem Zweck versehen, und indem sie der Ansicht ist, daß jener Ort für alle Regierungen den geeignetsten Mittelpunkt der Verständigung bilden werde, so stellt sie das Ersuchen an dieselben, dorthin baldmöglichst ihre Bemerkungen und eventuellen Vorschläge auf geeignetem Wege gelangen lassen zu wollen, da sie eine baldige Besprechung und Verständigung im Interesse des gesammten Deutschlands für höchst wünschenswerth halten muß.

Ew. 2c. wollen die hier ausgesprochenen Erwägungen und Vorschläge der 2c. Regierung vorlegen und zu der, der Wichtigkeit der Sache gemäßen Berücksichtigung empfehlen.

Zugleich aber wollen Ew. 2c. nicht unterlassen, die 2c. Regierung über die wahren Gesinnungen der noch neuerdings vielfach angefochtenen Regierung Sr. Majestät aufzuklären. Preußen strebt nach keiner Machtvergrößerung oder Würde für sich selbst; es begehrt, wie auch die Deutsche Verfassung sich gestalte, keinen anderen Antheil an der obersten Leitung der Bundesgewalt, als denjenigen, welchen seine Stellung in Deutschland und die Bedeutung der geistigen und materiellen Kräfte, die es dem gemeinsamen Vaterlande zur Verfügung stellen kann, der Natur der Dinge nach, ihm anweist. Es wird keine ihm angebotene Stellung annehmen, als mit freier Zustimmung der verbündeten Regierungen; es hält sich aber verpflichtet, sich bereit zu erklären, Deutschland diejenigen Dienste zu leisten, welche dieses im Interesse der Gesammtheit von ihm verlangen sollte, selbst wenn dies nicht ohne Opfer von seiner Seite geschehen könnte. Es wird dabei eben so gern Allem entgegen kommen, was, ohne Gefährdung des gemeinsamen Zweckes, die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der einzelnen Staaten zu erhalten geeignet ist. In Folge dieser Gesinnung kann ich es schon jetzt Ew. 2c. aussprechen, daß Se. Majestät der König und Höchstdessen Regierung nicht der Ansicht sind, daß die Aufrichtung einer neuen Deutschen Kaiserwürde zu der Erlangung einer wirklichen und umfassenden Deutschen Einigung nothwendig sei; daß wir vielmehr befürchten müssen, daß das ausschließliche Anstreben gerade dieser Form des an und für sich nothwendigen Einheitspunktes der wirklichen Erreichung jenes Zieles der Einigung wesentliche und schwer zu überwindende Hindernisse in den Weg legen würde. Es dürfte wohl eine andere Form gefunden werden können, unter welcher, ohne Aufopferung irgend eines wesentlichen Bedürfnisses, das dringende und höchst gerechtfertigte Verlangen des Deutschen Volkes nach einer wahrhaften Einigung und kräftigen Gesammt-Entwickelung vollständig befriedigt werden könnte.

Wir glauben im Interesse der Sache einer baldigen Erwiderung der 2c. Regierung auf diese Mittheilung entgegensehen zu dürfen

Berlin, den 23 Jan. 1849. (gez.) Bulow.

Breslau, den 21 Janur. Es stellt sich immer mehr heraus, daß im Ganzen bei den Wahlen in der Provinz das gemäßigte Prinzip den Sieg gewonnen hat. Außer den bereits genannten Ortschaften Hainau, Sagan, Sprottau, Görlitz, Freiburg, sind auch in Gleiwitz, Glatz, Grottkau, Landkreis Brieg, Landkreis Ohlau, Langenbielau, Hirschberg (zur Hälfte), Strehlen, Preiskretscham u. a. in konstitutionellem Sinne ausgefallen.

In Elbing sind unter 83 Wahlmännern 79 Candidaten des Preußenvereins gewählt worden. In Danzig sind die Wahlen ebenfalls sehr conservativ ausgefallen.

In Düsseldorf gehören, nach der dortigen Zeitung, von 167 Wahlmännern 141 der demokratischen, 26 der constitutionellen Partei an. In Ratingen, Gerresheim, Gladbach, Düren hat, nach demselben Blatt, die demokratische Partei gesiegt, in Münster sogar mit einer sehr bedeutenden Majorität.

Frankfurt a. M., den 25 Januar. 158ste Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung des vom Verfassungsausschusse vorgelegten Entwurfs, „das Reichsoberhaupt, der Reichsrath", und zwar über Artikel 1. §. 2. und folgende.

Vorsitzender Präsident Simson. Die Angelegenheit geht an den Untersuchungs-Ausschuß. Unter den Flottenbeiträgen sind 40 Louisd'or gesammelt in den Hannoverischen Aemtern Scharnebeck und Osterholz. (Bravo.)

§. 2. des Entwurfes lautet: „das Reichsoberhaupt führt den Titel Kaiser der Deutschen." Grundner aus Ingolstadt hat den Antrag gestellt, diesen §. indessen zu übergehen. Bei namentlicher Abstimmung jedoch entscheiden sich von 419 Anwesenden 214 für, 205 gegen diesen Titel. Der §. ist mithin angenommen. (Bewegung in verschiedenartigem Sinne.)

Auch über §. 3. wird die Besprechung abgelehnt und derselbe dann (durch Aufstehen und Sitzenbleiben) zum Beschluß erhoben:

§. 3. „Die Residenz des Kaisers ist am Sitze der Reichsregierung. Wenigstens während der Dauer des Reichstages wird der Kaiser dort bleibend residiren.

So oft sich der Kaiser nicht am Sitze der Reichsregierung befindet, muß einer der Reichsminister in seiner unmittelbaren Umgebung sein.

Die Bestimmungen über den Sitz der Reichsregierung werden einem Reichsgesetze vorbehalten."

Ueber §. 4.: „Der Kaiser bezieht eine Civilliste, welche der Reichstag festsetzt", ergreift Herr Buß aus Freiburg das Wort dagegen. Einer der Gründe, weshalb er den Kaiser von Oesterreich an die Spitze gestellt wissen wolle, sei auch der, daß derselbe keine Civilliste beanspruchen werde. Zachariä von Göttingen, entschieden für eine solche Ausstattung, meint sogar, daß, wer immer an die Spitze des Reichs gestellt werde, derselbe gar nicht auf die Civilliste verzichten dürfe.

Der Schluß der Debatte wird beliebt und danach §. 4. in der mitgetheilten Fassung angenommen.

Es folgt Art. II. §. 5. „Die Person des Kaisers ist unverletzlich.

Der Kaiser übt die ihm übertragene Gewalt durch verantwortliche, von ihm ernannte Minister aus." Auf die Diskussion wird verzichtet und der Paragraph darauf angenommen.

Desgleichen §. 6.: „Allgemeine Regierungshandlungen des Kaisers bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung von wenigstens einem der Reichsminister, welcher dadurch die Verantwortung übernimmt."

Ebenso Art. III. §. 7.: „Der Kaiser übt die völkerrechtliche Vertretung des Deutschen Reichs und der einzelnen Deutschen Staaten aus. Er stellt die Reichsgesandten und die Konsuln an und führt den diplomatischen Verkehr."

Ueber §. 8.: „Der Kaiser erklärt Krieg und schließt Frieden" — wird eine Besprechung eröffnet. Cullmann aus Zweibrücken eifert außerordentlich dagegen und will, weil jeder Krieg allein mit den Kräften des Volkes geführt werde, das Recht des Kriegs und Friedens lediglich dem Volkshause zuerkennen.

Für den §. 8. sprechen Wurm aus Hamburg und Beseler als Berichterstatter, worauf derselbe bei Abstimmung durch Namensaufruf mit 288 gegen 136 Stimmen angenommen wird.

Ohne Diskussion wird angenommen §. 9.: „Der Kaiser schließt die Bündnisse und Verträge mit den auswärtigen Mächten ab, und zwar unter Mitwirkung des Reichstags, insoweit diese verfassungsmäßig vorbehalten ist."

Desgleichen: §. 10. „Alle Verträge nicht rein privatlichen Inhalts, welche Deutsche Regierungen unter sich oder mit auswärtigen Regierungen abschließen, sind dem Kaiser zur Kenntnißnahme und, in so fern das Reichsinteresse dabei betheiligt ist, zur Bestätigung vorzulegen."

§. 11. „Der Kaiser beruft und schließt den Reichstag; er hat das Recht, das Volkshaus aufzulösen."

§. 12. „Der Kaiser hat das Recht des Gesetzvorschlags. Er übt die gesetzgebende Gewalt in Gemeinschaft mit dem Reichstage unter den verfassungsmäßigen Beschränkungen aus. Er verkündigt die Reichsgesetze und erläßt die zur Vollziehung derselben nöthigen Verordnungen."

§. 13. „In Strafsachen, welche zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehören, hat der Kaiser das Recht der Begnadigung und Strafmilderung, so wie der Amnestirung. Das Verbot der Einleitung oder Fortsetzung einer einzelnen Untersuchung kann der Kaiser nur mit Zustimmung des Reichstags erlassen."

Zu Gunsten eines wegen seiner Amtshandlungen verurtheilten Reichsministers kann der Kaiser das Recht der Begnadigung und Strafmilderung nur dann ausüben, wenn dasjenige Haus, von welchem die Anklage ausgegangen ist, darauf anträgt. Zu Gunsten von Landesministern steht ihm ein solches Recht nicht zu.

§. 14. „Dem Kaiser liegt die Wahrung des Reichsfriedens ob."

§ 15. „Der Kaiser hat die Verfügung über die bewaffnete Macht"

§. 16. „Ueberhaupt hat der Kaiser die Regierungsgewalt in allen Angelegenheiten des Reichs nach Maaßgabe der Reichsverfassung. Ihm stehen als Träger dieser Gewalt diejenigen Rechte und Befugnisse zu, welche in der Reichsverfassung der Reichsgewalt beigelegt und dem Reichstage nicht zugewiesen sind."

Mit der Annahme des Abschnittes: Das Reichs-Oberhaupt, ist die heutige Tagesordnung erschöpft, worauf gegen 2 Uhr Nachmittags die Sitzung schließt. Morgen: Berathung des Theils der Verfassung, der vom Reichsrathe handelt.

Wien, den 25. Jan. (Schl. Ztg) Wie man hier vermuthet, will sich Kossuth in die Mamrosz begeben um von dort entweder durch den Paß bei Urok auf der Straße nach Unghvar, oder von Munkacz auf Verecko zu entfliehen. — G. M. Götz hat Kremnitz besetzt. — Das unter General Bem in Siebenbürgen stehende Corps soll von allen Seiten so eingeschlossen sein, daß ihm keine andere Hoffnung bleibt, als sich zu ergeben. — Man versichert, es seien in Treviso und Mestre Versuche gemacht worden, Venedig mittelst Luftballon-Mörsern zu beschießen. Die Stadt selbst leidet keinen Mangel, jede Bewegung im Innern wird durch die zahlreiche Garnison erstickt und an eine freiwillige Unterwerfung ist nicht zu denken.

— Nach in der Wiener Ztg. mitgetheilten Privatberichten aus Mailand vom 17. Januar ist die Stimmung alldort fortwährend eine beängstigende, erhöht durch die neuesten Nachrichten aus Piemont, daß Carl Albert von der Kriegspartei und seinem Ministerium überflügelt ist. Der Marschall Graf Radetzky hat indessen

auf alle Fälle seine militairischen Dispositionen, so wie in den Märztagen, getroffen. Die Erkrankten und Blessirten in den Spitälern werden nach Verona gebracht und alle Armee-Corps sind in Bereitschaft. F.-M.-L. Baron Hainau geht als Corps-Commandant zu der Armee von Venedig, dagegen F.-M.-L. Appel das Commando in Brescia übernimmt. Erzherzog Albrecht übernimmt ein Divisions-Commando beim F.-M.-L. d'Aspre bei Bergamo. Die Kaiserl. Armee in dem Lombardischen Königreiche ist vom besten kriegerischen Geiste beseelt.

— Der Ungarische Rebellengeneral Görgey hat sich zu Gunsten Oesterreichs erklärt und beigefügt, es sei ihm nie beigefallen, seinem legitimen Monarchen untreu zu werden.

Laibach, den 22. Jan. Einem so eben hier eingelaufenen Privatschreiben zufolge sollen bei Gelegenheit, als König Karl Albert eine große Truppen-Revue bei Allessandria hielt, die darunter befindlich gewesenen Bataillone der Lombardisch-Venetianischen Flüchtlinge die Republik ausgerufen haben, worauf der König diese Rebellen durch 12 Stunden mit Kanonen- und Kleingewehrfeuer beschießen ließ. (Laib. Ztg.)

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 25. Jan. Nationalversammlung. Sitzung vom 24 Januar. Anfang 2 Uhr. Präsident Marrast. Larochejacquelin macht Ausstellungen gegen das Protokoll. Eben so erläutert er das gestrige Votum rücksichtlich der Inbetrachtziehung des Villaultschen Antrages, so wie des Antrages der Bergpartei, einem Ausschuß von 80 Mitgliedern den Budgetentwurf vorzulegen. Nach Erledigung dieses Budgetsstreites beginnt ein Petitionskrieg. Bugeaud, der noch nicht gesprochen, überreicht unter Gelächter des Berges eine mit 7500 Unterschriften bedeckte Petition des Departements der Unter-Charente für baldige Einberufung der Legislativ-Versammlung. Charencay, Glais-Bizoin und mehrere andere Repräsentanten überreichten ebenfalls Bittschriften, theils für, theils gegen die Nationalversammlung. Jeder begleitet sie mit einer Rede, die bald Widerspruch, bald Beifall hervorruft. Marrast: Inhalts des Reglements müssen die Bittschriften ohne Kommentar auf den Büreautisch gelegt werden. (Unruhe.) Clement Thomas unterstützt diese Erklärung. „Wollen Sie Krieg haben", ruft er, „wohlan, wir nehmen ihn an." Berard: Das Petitionsrecht ist heilig. Herr Thomas selbst profitirte in anderer Lage davon sehr ausgedehnt. Mornay protestirt ebenfalls gegen Marrast's Verwahrung. Die Petitionen seien nicht an ihn, sondern an die Versammlung gerichtet. Man dürfe sie also mit einigen Worten begleiten. Lempereur giebt seine Demission. Mehrere Städte und Departements erhalten hiernächst die Erlaubniß zu Ueberbesteuerung für Beschäftigung ihres Proletariats. Fould legt seinen Bericht über Restitution der 45 Centimen-Steuer nieder. Die Versammlung nimmt dann die Debatte über Bildung des neuen Staatsrathes wieder auf. Artikel 11: „Vor definitiver Bildung des Staatsrathes, in Gemäßheit des Art. 72. der Verfassung, bestimmt die Nationalversammlung in ihren Abtheilungen zwei Kommissäre für jede Abtheilung, welche die Liste der Kandidaten vorschlagen. Diese Liste muß die vorgeschriebene Mitgliederzahl in alphabetischer Ordnung enthalten." Artikel 12: „Die Wahl der Mitglieder kann nicht früher als drei Tage nach Veröffentlichung der Liste geschehen. In dieselbe können auch Kandidaten außerhalb obiger National-Versammlungs-Kommission aufgenommen werden." Angenommen. Artikel 13: „Die Hälfte der Kandidaten kann bei der ersten Bildung und späteren Erneuerung zur Hälfte aus den Mitgliedern der Nationalversammlung genommen werden." Geht auch durch. Artikel 14: „Stirbt oder dankt ein Mitglied ab, so hat die Nationalversammlung binnen Monatsfrist die Vakanz zu ersetzen." Angenommen. Der dritte Abschnitt, von den Beamten handelnd, welche dem Staatsrathe beigegeben sind, wird nun vorgenommen. Artikel 15: „Dem Staatsrath ist beizugeben: 1) ein Generalkommissarius der Republik, 2) 24 Requêtenmeister, 3) 2 Auditoren, 4) ein Generalsekretair, 5) ein Sekretair für die streitigen Angelegenheiten." Wird nach einigen Bemerkungen angenommen. Die Artikel 16 bis 29 handeln vom Amtsverhältniß des Generalkommissarius, der Requêtenmeister und der Auditoren. Bei Artikel 19. wird die Debatte abgebrochen. Die Sitzung soll um 6 Uhr geschlossen werden, da erhebt sich noch ein Streit: ob die Bildung der Budget-Kommission morgen vor der Sitzung geschehen solle oder nicht. Hierüber wird ein geheimes Skrutinium eröffnet, das den Schluß bis 7 Uhr verzögert. Die Kommission fiel ganz im Sinne der linken Seite aus.

— Der Minister des Innern hat an sämmtliche Präfekten folgendes Rundschreiben gerichtet: „Eine Association hat sich unter dem Titel: „Republikanische Solidarität" gebildet. Sie hat Verzweigungen durch alle Departements angelegt, und die Grundsätze, in deren Namen sie besteht, sind in Opposition mit dem gegenwärtigen Systeme. Vor der Präsidentenwahl drückte man die Augen zu, man ließ sie gewähren. Aber seitdem hat diese Organisation beunruhigt, und man ließ deshalb das Lokal ihrer Centralsitzungen schließen. Man begreift in der That, daß, wenn man eine solche Association duldete, sie einen Staat im Staate konstituiren würde und die öffentliche Ruhe in Gefahr bringen müßte, besonders wenn sie von feindlichen Absichten geleitet wäre. Vom Standpunkte der Gesetzlichkeit aus könne keine derartige Association bestehen, denn wenn man sie als Klub betrachtet, so müßte sie ihre Sitzungen öffentlich halten; wäre sie ein Cirkel, so müßte sie um vorherige Genehmigung eingekommen sein. In jedem Falle bliebe es ihr untersagt, ihre Arme durchs ganze Land zu strecken. Da sie also weder Klub noch Cirkel ist, so kann sie nur eine geheime Gesellschaft sein und verfällt mithin der Strafe der Gesetze. Da ich nun mehrere Gründe habe, zu glauben, daß diese Association trotz des Schließens ihres Central-Sitzungs-Lokals noch fortbesteht und Affiliationen in allen Departements besitzt, so verpflichte ich Sie hiermit, die Schritte derselben in Ihrem Departement zu überwachen und jede Zusammenkunft oder Schriftenverkauf zu behindern. Nöthigenfalls werden Sie sich mit den Gerichtsbehörden verständigen. Ich zähle auf Ihre Pünktlichkeit und Entschlossenheit. Paris, 21. Jan. (gez.) Leon Faucher, Minister des Innern. (gegengez.) Hermann, Divisions-Chef."

Spanien.

Madrid, den 16. Januar. Das Portugiesische Kabinet hat sich bereit erklärt, der von Seiten der hiesigen Regierung an die katholischen Mächte ergangenen Einladung zu einer „die Wiedereinsetzung des Papstes in den vollen Genuß seiner geistigen Befugnisse" bezweckenden Konferenz seines Theiles Folge zu leisten. — Am 7. gingen in Barcelona die Spanischen Kriegsschiffe „Mazarredo" und „Volador" nach Gaeta unter Segel.

— Im Palaste der regierenden Königin finden jetzt wöchentlich höchst glänzende Bälle statt, auf denen die Königin selbst ihre Gäste durch die Anmuth zu bezaubern weiß, mit welcher sie die Polka tanzt. Die Königin Mutter und der König entfernen sich gewöhnlich, sobald dieser Tanz beginnt. Im Palaste wird das Archiv in aller Eile ausgeräumt, um durch ein Theater ersetzt zu werden, zu welchem nur begünstigte Personen Zutritt erlangen dürften. Die Königin Christine hat in voriger Woche zum erstenmale in ihrem neu erbauten und eben so reich als geschmackvoll eingerichteten Palais einen glänzenden Ball gegeben, der von der ganzen Königlichen Familie, dem Hofe, dem diplomatischen Corps u. s. w. besucht wurde.

— Als vor einigen Tagen die Königin Isabella im Prado, nur von der Herzogin von Gor begleitet, bemerkte man, daß der General Portillo (Marineminister unter Gonzalez Bravo im Jahre 1844) in voller Uniform, den Federhut in der Hand, ihr ganz in der Nähe unausgesetzt folgte, bis endlich die Königin ungeduldig ihren Wagen herbeirief und einstieg. Sogleich stieg der General in den seinigen und folgte der Königin unmittelbar bis vor den Palast, hier begab er sich, der Königin zur Seite, die große Treppe hinauf, bis endlich am Eingange ihrer Gemächer die Königin sich unwillig umwandte, und ihn zur Rede stellte. Der General erwiederte, er müsse darauf bestehen, 'daß die Königin ihr Ministerium entlasse, da es das Land ins Verderben stürze. Sie hieß ihn warten und rief den Herzog von Valencia herbei. Dieser erkannte alsbald, daß der General Portillo in Geisteszerrüttung verfallen war, und ließ ihn durch Trabanten in die Palastwache führen, wo er den Händen der Aerzte übergeben wurde.

Italien.

Rom, den 14. Januar. In diesen Tagen sollen die Wahlen zur Constituante stattfinden, und allem Anscheine nach dürften sie wirklich gehalten werden. Wenn auch viele Bürger, durch die Excommunikation geschreckt, sich ausschließen sollten, so wird doch eine ernstliche Reaction gegen die bestehende Regierung sich nicht bilden können. Im Ganzen ist der durch die Excommunikation hervorgebrachte Eindruck sehr schwach zu nennen. Es hat ihr geschadet, daß so wenige Pfarrer sie verkündeten. In Folge von Cicernacchio's Drohung hatte der General-Vicar sogar geboten, sie nicht von der Kanzel zu verlesen, sondern nur privatim mitzutheilen, wenn man danach frage. Dennoch soll sie später an den Kirchen angeschlagen worden sein, obwohl die Bürgerwehr in einer Druckerei dem Vernehmen nach einige Tausend Exemplare confiscirt hatte. Von der Gegenseite sucht man zugleich ihrem Einflusse kräftig entgegenzuwirken, sie als ungültig darzustellen, da sie wegen politischer Verhältnisse erlassen sei; Placate, die gegen sie gerichtet sind, sieht man überall an den Mauern, hört man überall ausrufen. Die Regierung aber betrachtet sie wie alle vorigen Proteste als nicht existirend und geht ruhig in ihren Maßregeln vorwärts.

— Die Geld-Verlegenheit ist groß, und man fährt unausgesetzt fort in der Anfertigung von Papiergeld, auch über den bewilligten Belauf von 600,000 Scudi hinaus. — Die Studenten-Legion hat ihr vom Minister des Innern bestätigtes Reglement bekannt gemacht; jeder Angehörige der Universität, Geistliche ausgenommen, ist dienstpflichtig. — Der Fürst von Canino hat an seinem Palaste die nach Römischer Fürstensitte ausgehängten Wappenschilde abnehmen lassen und sich dadurch ganz seinen Brüder Proletariern gleich gestellt; nur der Neapolitanische Adler ist geblieben. — Die zwischen Rimini, Urbino und Cesena liegende kleine, 7000 Einwohner zählende Republik San Marino hat plötzlich ein Lebenszeichen von sich gegeben. Sie läßt sich durch einen Gesandten bei der Römischen Constituante vertreten und stellt 200 wohlbewaffnete und gerüstete Soldaten zum Kampfe für die Italienische Unabhängigkeit.

Palermo, den 4. Januar. Die Begeisterung der Sicilier für ihre Unabhängigkeit ist stets die nämliche. Fregatten, Waarenboote und andere Schiffe, deren die Regierung bedurfte, wurden von Privatleuten gekauft, und ihr geschenkt: Kriegsbedürfnisse wurden in Masse von solchen angeschafft. Piemontesische, Französische und Polnische Offiziere unterweisen die neugebildeten Regimenter. Die disciplinirten Truppen von Sicilien belaufen sich bereits auf 24,000 Mann.

Der „Contemporano" veröffentlicht ein Cirkular des Cardinals Antonelli an die in Gaeta befindlichen auswärtigen Gesandten, worin die Verwunderung und die Unzufriedenheit des Papstes darüber ausgesprochen wird, daß die von ihm ernannte Regierungs-Kommission unthätig geblieben sei, während diese Kommission doch autorisirt gewesen, sich in jede andere Stadt des Kirchenstaats, wo der Papst und die bestehenden Gesetze anerkannt würden, zu begeben und die Leitung der Geschäfte zu übernehmen. Der Papst protestirt daher gegen jede aus diesem Umstande etwa hergeleitete Beeinträchtigung seiner Souverainetätsrechte.

Livorno, den 14. Januar. Reisende melden, daß ein Unteroffizier gegen den in Gaeta anwesenden König Ferdinand von Neapel geschossen, ihn aber gefehlt habe. Nur das Pferd stürzte todt nieder. Der Schuß geschah aus einer Büchse. Die Leibgarden ergriffen den Thäter. Aus Spanien wurden zwei Kriegsdampfschiffe erwartet.

— Der Florentiner Alba vom 13. Januar zufolge wäre, in Folge der vom Papst geschleuderten Excommunikation, auch bereits aus Gaëta das örtliche Interdict ergangen, welches den Gottesdienst für die Excommunicirten untersagt. Indessen versichert das liberale Blatt: der päpstliche Bannstrahl habe, anstatt Schrecken, nur Entrüstung verbreitet. Die revolutionairen Florentiner und Genueser Blätter reden gegen den weiland so hoch gefeierten Pius IX. eine rücksichtslose, ja respectswidrige Sprache. Sie stempeln ihn zum Bundesgenossen der Tyrannei, zu einem Verräther des Vaterlandes. — Das Ministerium Gioberti in Turin, was auch sonst fehlerhaftes an ihm sein mag, entwickelt eine lobenswerthe Thätigkeit für das höhere und niedere Schulwesen. Das Ministerium der öffentlichen Arbeiten widerspricht dem Gerücht, daß die Regierung den Verkauf der Staatseisenbahnen beabsichtige. Gegen Oesterreich wird die Sprache der Sardinischen Blätter täglich feindseliger.

San Marino, den 23. Dec. (D. A. Z.) Ein Erlaß der aus den Volkstribunen und den zwei Konsuln bestehenden National-Versammlung, datirt „vom 3. Nivose 1848 (23 Dec.) und unserer republikanischen Aera von San Marino im Jahre 1558", enthält folgende Bestimmungen: „Anstatt des herkömmlichen wird der Französische republikanische Kalender vom 23. November 1798 eingeführt, mit Vorbehalt der Akte und Feierlichkeiten der heiligen rechtgläubigen Religion. Die Regierung bietet allen Fremden jeglichen Glaubensbekenntnisses Schutz und ewige Zuflucht. Bürger Martino Mattei, Quästor des Staatsschatzes, begiebt sich nach der ewigen Stadt (Rom), um den Freistaat im Circolo Romano zu vertreten, gemeinschaftlich mit Bürger Allessandro Savorelli, Botschafter von San Marino bei dem Römischen Parlament und Verfassungsrath, und bietet 200 bewaffnete Männer an, unter dem Titel „titanische Kohorte", zur Vertheidigung der Italienischen Unabhängigkeit."

Türkei.

Von der Bosnischen Grenze, den 6. Jan. Ende Decbr. v. J. kehrten die Befehlshaber der einzelnen Nahien, die Muteselims und Paschas von Travnik zurück, wo sie länger als zwei Monate beim Statthalter Bosniens, Vezier Tahir-Pascha, in geheimer Conferenz versammelt waren. Während dieser Zeit war der Verkehr zwischen Travnik und Konstantinopel mittelst Tataren sehr lebhaft. Nun lüftet sich auch für uns der Schleier, der über diese geheimnißvolle Versammlung gedeckt war. Es handelte sich vorzugsweise um die Angelegenheit der Rajas Bosniens. Von Stambul aus erhielt der Vezier wiederholt und in letzterer Zeit besonders strenge Befehle, den Hattischerif von Gulhane zu veröffentlichen und in Wirksamkeit treten zu lassen. Doch thaten die Machthaber Bosniens Alles, um dies zu hintertreiben, und alljährlich gingen Klagen der Christen wegen vielfacher Bedrückung nach Stambul. Mag sein, daß der Zeitgeist auch an die hohe Pforte mächtig klopft, daß auch den Moslim die bange Ahnung erfüllt, die Stunden seiner Herrschaft seien gezählt, daß die Idee der Gleichberechtigung auch in den Divan gedrungen oder die Pforte eine Schilderhebung der Rajas befürchtend, es jetzt für die höchste Zeit hielt, mit Strenge darauf zu bestehen, daß endlich einmal das Sklavenloos der christlichen Unterthanen erleichtert werde. Es hatten zwar die Machthaber Bosniens dagegen Vieles einzuwenden und schlugen sogar vor, sämmtliche Christen Bosniens zu entwaffnen, genau zu überwachen und so jeden Aufstandsversuch im Keime zu ersticken; doch diesmal setzte die Pforte ihre Befehle in Bosnien durch. Gleich nach der Rückkehr der einzelnen Befehlshaber in ihre Bezirke wurde der Raja öffentlich bekannt gemacht, daß sie von nun an frei von allen persönlichen Lasten sei, keine Robot (Begluk) ihrem Grundherrn (Spahia) zu leisten habe, sondern blos von dem ihm nicht eigenthümlich angehörenden Grunde den dritten Theil der Fechsung dem Grundeigenthümer (Spahia) gleichsam als Pachtzins entrichten solle. Uebrigens soll die Raja gleich sein mit dem Moslim vor dem Gesetze, und ihre eignen Gemeinde-Bezirks- und Provinzialobrigkeiten aus ihrer Mitte erhalten. Dessenungeachtet scheint man die Raja hierdurch nicht mehr befriedigen zu können und fürchtet einen allgemeinen Aufstand derselben in Bosnien, welcher von Serbien und Czernogora aus unterstützt werden würde. Daher haben alle Mohammedaner den strengsten Befehl erhalten, sich vom 14. bis zum 60. Lebensjahre zu bewaffnen, mit Schießbedarf zu versehen und kampffertig zu halten. — Trotz aller angewendeten Mühe, unterstützt mit namhaften Geldspenden, zahlreichen Emissaren und Kossuth'schem Lug und Trug, hat in Bosnien die Ungarische Rebellion keine Sympathien sich erwecken können. Im Gegentheil wurden mehrere Magyarische Emissäre in Bosnien aufgefangen und von Travnik nach Konstantinopel gesendet. Auch erging an die Grenzpaschas der Auftrag, daß im Falle die Slawonier, von den Magyaren gedrängt, die Save überschreiten sollten, jene gastlich aufzunehmen und zu schützen seien, die Magyaren hingegen als Rebellen gegen ihren König mit Gewalt der Waffen zurückgetrieben werden sollen. (Agr. Z.)

Locales &c.

Posen, den 29. Jan. Wir haben den schlimmen Gast vom letzten Herbst wieder in unseren Mauern; die Cholera ist leider mit

erneuter Heftigkeit ausgebrochen. Das vor Kurzem hier eingerückte 14. Regiment hat sie mit hergebracht. Das Militairlazareth ist mit Kranken überfüllt und es soll daher im Reformatenfort ein Cholera-lazareth für das Militair eingerichtet werden. Im Civilstande hat die Krankheit bisher nur ein Opfer gefordert. Noch dürfen wir hoffen durch vorsichtige Diät dem Umsichgreifen des Uebels Einhalt zu thun.

— Die Diebstähle wiederholen sich von Tag zu Tag. In der Nacht vom 26. auf den 27. d. M. wurde in der Buchhandlung der Gebrüder Scherk am Markte gegenüber der Hauptwache, eingebrochen. Die Diebe durchstöberten das Lokal, ließen aber die Bücher unberührt, indem sie nur nach Geld suchten; doch fanden sie sich diesmal glücklicherweise getäuscht, indem sie nur einen geringen Baarvorrath fanden. Tags darauf wurde aus, einem Hausflur am Markte in der Dämmerungsstunde eine Küste entwendet, dann aber uneröffnet weggeworfen. Wer Etwas zu verlieren hat, möge demnach das Seinige wohl in Acht nehmen.

Berichtigung. In der No. 19. unserer Zeitung vom 24 Jan. ist in der Mittheilung über die Störungen beim Wahlgeschäft irrthümlich über Ausschreitungen im 18. Wahlbezirke (Rathhaus) berichtet worden. Nicht dort, sondern im 17. Wahlbezirke (Handelssaal) sind dergleichen Störungen vorgekommen.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich].

Rogasen, den 27. Jan. Zur Berichtigung des Artikels aus Rogasen vom 25. Jan. c. in Nr. 23 der Posener Ztg. wird folgende sachgemäße Darstellung der Verhältnisse Ihren Lesern erwünscht sein. Rogasen hatte 2 Wahlbezirke, von denen der eine, die Altstadt, fast ausschließlich von Juden, der andere, die Neustadt, eben so überwiegend von Deutschen bewohnt wird. In der am 20. d. M. stattgefundenen Vorberathung war die Judenschaft noch nicht damit zufrieden, daß ihr freigestellt wurde, die von der Altstadt zu wählenden 10 Vertreter aus ihrer Mitte zu entnehmen, sondern verlangte von der Neustadt noch wenigstens 3 jüdische Wahlmänner, und es sollten sonach, da Rogasen überhaupt deren 19 stellt, 13 Juden und 6 Deutsche aus einer gleichmäßigen Bevölkerung beider Nationalitäten hervorgehen. Weil die Deutschen sich in diese Forderung nicht fügten, nach welcher der zarte Keim der jungen Freiheit so gut Wurzel geschlagen zu haben scheint, daß dieselbe gewiß bald als üppiges Wucherpfläuzlein lustig emporschießen dürfte, haben sich die Juden zu den Polen geschlagen und unter der Bedingung, daß diese letzteren ihnen auf der Neustadt helfen sollten, die Deutschen total zu unterdrücken, auf der Altstadt 4 Polen durchgebracht. Aber ihr Opfer war ein vergebliches, die Deutschen Neustädter haben ihre 9 Candidaten, welche sie bei der Vorwahl sich ausersehen, mit bedeutender Majorität doch zu Wahlmännern gemacht und die Ueberzeugung gewonnen, daß das Deutschthum der hiesigen Judenschaft bis auf sehr wenige Ausnahmen, nur ein plattirtes war.

Wir erklären hiermit öffentlich, daß Herr Freygang aus Podarzewo den uns von dem Vorstande des Pudewitzer Königs- und Vaterlandsvereins vorgeschriebenen Wahlmann weder verdächtigt, noch sich selbst als Solchen in Vorschlag gebracht hat, und erachten die gegen ihn erhobene Beschuldigung als eine böswillige Verläumdung, da er in unsern Versammlungen nur den Zweck der Wahl, und die Absicht der verschiedenen Parteien dabei auseinander gesetzt und stets gegen jede Bevormundung und für eine freie und unbeschränkte Wahl gesprochen hat.

Im speciellen Auftrage ihrer Gemeinde-Mitglieder
Thews, Schulz in Lagiewniki. Busse, Schulz aus Glówno. Johann Röschke, Schulz aus Podarzewo-Hauland. Bölter, Schulz in Podarzewo-Dorf. Krenz, Lehrer.

Dem Herrn, der das hämische Inserat, Crousaz betreffend, in No. 21. d. Z. hat einrücken lassen, zur Nachricht, daß Crousaz in der am 29. im Rathhause stattgehabten Wahl zur ersten Kammer, von seinen Mitbürgern mit 156 Stimmen — in Anerkennung seiner Verdienste und Gesinnungstüchtigkeit — als erster Wahlmann gewählt worden.

Crousaz hätte auch in der Wahl am 22. d. M. über 70 Stimmen gehabt. Da man jedoch eine Zersplitterung der Deutschen Stimmen überhaupt befürchtete, wurde die politische Ueberzeugung dem Deutschen Interesse willig geopfert.

Immer siegt die gerechte Sache und die Ehrenhaftigkeit; am frühsten und sichersten, wenn sie der Böswilligkeit ihrer Gegner kein anderes Mittel als Ruhe entgegensetzt

Urwähler aus dem 7. Wahlbezirk.

Es ist das Gerücht verbreitet, als hätte ich mich gegen den Herrn Falk Fabian über meine Jüdischen Mitbürger nicht nur auf eine unliebsame, sondern sogar auf eine unwürdige Weise geäußert. Dieses Gerücht erkläre ich hiermit für eine böswillige Lüge und habe zu der Ehrenhaftigkeit des Herrn ꝛc. Falk das Vertrauen, daß er ein Gleiches im Wege der Oeffentlichkeit thun wird.

Hoppe, Reg.-Rath.

Erwiederung
auf das „Eingesandt" in No. 23 dieses Blattes.

Glaubt Referent, daß man sich in dem Scharfsinne des Pastors Hirte so getäuscht habe, und ihn nur „reaktionair" bezeichnet, weil er sich Anmaßungen, die ihm eigen sind, erlaubt hat? Nein, mit Recht verdient er so und noch schlimmer genannt zu werden, wenn er sich erkühnt und öffentlich bei seinen Wahlumtrieben die vertriebene ehrenhafte National-Versammlung, die Vertreter des ganzen Preußischen Volkes „Schweinhunde" schimpft. — Auf diese Weise kann Referent Einzelne mit seinem „ungezogne Jungen" nicht injuriren, wenn Alle Schweinhunde sind!!! Z.

Ich erkläre hiermit öffentlich meinen Austritt aus dem Vereine der Deutschen Verbrüderung; denn wenn der Vorsitzende dieses Vereins und mehrere andere Mitglieder, wie es heute geschehn, bei den Wahlen, diesem wichtigsten politischen Akt, sich mit den Polen verbündet und dadurch das Grundprinzip der Deutschen Verbrüderung, d. h. Hebung des Deutschthums, verlassen, so hat die ganze Verbrüderung keinen Sinn mehr.

Posen, den 29. Januar 1849. Hirsch.

Markt-Bericht.

Berlin, den 26. Januar

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 52—56 Rtlr. Roggen loco 25½—27 Rthlr., p. Frühj. 82pfünd. 27½ à 27¼ Rthlr. Gerste, große loco 22 — 24 Rthlr., kleine 19—21 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 15—16 Rthlr. p. Frühjahr 48pfd. 15 Rthlr. Br. Erbsen, Kochwaare, 30—34 Rthlr., Futterwaare 28—30 Rthlr. Rüböl loco 12⅝ Rthlr. Br. p. diesen Monat 12⅚ à ¾ Rthlr., Jan./Febr. 12¾ à $12\frac{7}{12}$ Rthlr. Februar/März $12\frac{7}{12}$ à $12\frac{5}{12}$ Rthlr., März/April 12½ à $12\frac{5}{12}$ Rthlr., April/Mai 12½ à 12⅛ Rthlr., Mai/Juni 12¼ à ⅛ Rtlr., Leinöl loco 10 Rthlr. bez. u. Br., Lief. pr. April/Mai 9⅚ Rthlr. Mohnöl 18½ Rthlr. Palmöl 13¾ à 13½ Rthlr. Südsee-Thran 10¾ à 10½ Rthlr.

Spiritus loco ohne Faß 14⅚ Rthlr. bez., p. Januar 15 Rthlr. Br., p. Februar 15¼ Rtlr. Br., p. März 15½ Rthlr. Br., 15¼ G., p. Frühjahr 16 Rtlr. Br., 15¾ à ⅚ bez. u. G., Mai/Juni 16½ Rthlr. Br.

Posen, den 29. Jan. (Nicht amtlich.) Marktpreis für Spiritus p. Tonne von 120 Quart zu 80% Tralles 12⅔ Rthlr.

Die Kauflust hat in Folge der matteren auswärtigen Notirungen gegenwärtige Woche merklich nachgelassen, und Käufer ziehen die vorwöchentlichen Angebote zurück.

Berliner Börse.

Den 27. Januar 1849.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe	5	—	—
Staats-Schuldscheine	3½	79¾	79¼
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	—	97⅞
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	3½	98¼	97½
Westpreussische Pfandbriefe	3½	83¾	83¼
Grossh. Posener "	4	96½	—
" "	3½	81⅛	—
Ostpreussische "	3½	—	—
Pommersche "	3½	—	91⅛
Kur- u. Neumärk. "	3½	92	—
Schlesische "	3½	—	—
" v. Staat garant. L. B.	3½	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	—	90½
Friedrichsd'or	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	$12\frac{11}{12}$	$12\frac{7}{12}$
Disconto	—	—	4½
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	78½
" Prioritäts-	4	87½	—
Berlin-Hamburger	4	60½	—
" Prioritäts-	4½	—	93
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	—	60
" " Prior. A. B.	4	82½	—
" " "	5	94¾	—
Berlin-Stettiner	4	—	88¾
Cöln-Mindener	3½	—	79
" Prioritäts-	4½	—	92½
Magdeburg-Halberstädter	4	112	—
Niederschles.-Märkische	3½	—	71½
" Prioritäts-	4	86½	—
" "	5	—	98½
" " III. Serie	5	94½	94½
Ober-Schlesische Litt. A	3½	93⅞	93¾
" " B.	3½	93⅞	93⅞
Rheinische	—	—	—
" Stamm-Prioritäts-	4	—	—
" Prioritäts-	4	—	—
" " v. Staat garantirt	3½	—	—
Thüringer	4½	50½	50
Stargard-Posener	4	70½	—

Druck u. Verlag von W. Decker & Co. Verantw. Redacteur: C. Hensel.

Thermometer- u. Barometerstand, so wie Windrichtung zu Posen, vom 14. bis 20. Januar.

Tag.	Thermometerstand tiefster	Thermometerstand höchster	Barometerstand.	Wind.
21. Jan.	— 1,2°	+ 2,3°	28 Z. 4,0 L.	W.
22. "	— 1,0°	+ 4,0°	27 " 9,0 "	SW.
23. "	— 2,4°	+ 4,3°	27 " 8,8 "	W.
24. "	— 3,0°	+ 4,5°	27 " 9,0 "	SW.
25. "	— 4,2°	+ 5,0°	27 " 7,1 "	W.
26. "	— 5,0°	+ 6,2°	27 " 6,0 "	W.
27. "	— 1,0°	+ 3,0°	27 " 7,2 "	W

Am 24sten Eisgang auf der Warthe, nachdem die Eisdecke nur 33 Tage gestanden.